



UNABHÄNGIGE BÜRGER BACHGAU

Unterschriftensammlung zur Abschaffung der StrABS gestartet.

Seit Montag 22.01.2018 läuft die Unterschriftensammlung zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs). Trotz der Absichtserklärung der CSU zur Abschaffung dieser Gebühren, bleibt die Erfahrung aus dem Hin- und Her und die Dauer der Umsetzung bei der Abschaffung von G8 im Bildungsbereich. Deshalb ist es wichtig, die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren zur Abschaffung der Gebühren zu unterstützen. Unterschriftenlisten können Sie über den entsprechenden Link auf unserer Web-Seite www.ub-bachgau.de anfordern.

Wie können die Kosten nach dem Wegfall der Einnahmen aber überhaupt geschultert werden? Ein Teil der Finanzierung könnte sichergestellt werden über Fördermittel oder eine Erhöhung des Finanzausgleichs (in 2018: 2,1 Mio.Euro für Grobstheim) und einem festen Betrag X aus der Grundsteuer und/oder der Einkommensteuerumlage. Dazu dann noch die eigenen Einsparungen in der Gemeinde durch das neue System. Durch ein ständiges Monitoring der Straßen mit früher Reparatur von Schäden oder der konsequenten Sperrung der Wohnstraßen vor unnötigem LKW-Verkehr halten die Straßen auch länger.

Erhebliche Kostensenkungen erzielt die Vereinfachung von Verwaltungstätigkeiten (z.B. Umlageberechnungen, Bescheide, Rechtsbehelfe, etc.). Auch die aktive Endabnahme und gegebenenfalls Reklamation mit Nachbesserung und Garantien bei mangelhafter Ausführung im Straßen- und Wegenetz hilft hier. Mit dem Wegfall aufwendiger Planungsarbeiten externer Architekten und Ingenieure gibt es weiteres Einsparungspotenzial. Der Untergrund einer seit 20 Jahren befahrenen Straße ist meist besser verdichtet und tragfähiger als ein neu, nach dem Stand der Technik aufgebauter Untergrund und erfordert in den wenigsten Fällen eine komplette Erneuerung.

Natürlich fordert dies ein grundsätzliches Umdenken im Handeln bei den Mitarbeitern und Entscheidern (Ausschüsse, Gemeinderat und Verwaltung). Gemeindliche Abläufe und Prozesse müssen grundlegend überdacht und optimiert werden. Mit einer solchen Vorgehensweise wird letztendlich die Verwaltung entlastet, Kosten werden gesenkt und niemand muss sich mehr mit Widersprüchen oder Klagen gegen die Bescheide befassen. Befürchtungen maroder oder schlechter Straßen werden sich erfahrungsgemäß nicht bestätigen. Auch die Abrechnung realer Erst-Erschließungskosten vermeidet spätere Kostenbelastungen der Allgemeinheit durch Fehlkalkulationen bei Pauschalen.

Es gilt heute mehr als bisher: **Die Zukunft denken – jetzt handeln!**

Detlef Maurer (Gemeinderat), Günter Müller (1. Vorsitzender)